



BERLIN DEPESCHE

5. Jahrgang • Nr. 32

Juni 2006

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

EDITORIAL

- 2 Von Martin Dörmann, MdB

HOMEPAGE

- 2 Neu eingestellt: „Gläserne Taschen“ und Bundestagsreden im Video-Format

VERANSTALTUNGEN IM WAHLKREIS

- 3 „Arbeit und Sozialstaat im 21. Jahrhundert“ mit Prof. Wolfgang Schröder am 6. Juni
- 3 „Soziale Stadtentwicklung - Moderne Verkehrspolitik“ mit Bundesminister Wolfgang Tiefensee am 7. Juni

KÖLN

- 4 Rot-Grün setzt sich durch: Stadtdirektor Kahlen und Wirtschaftsdezernent Walter-Borjans vom Rat gewählt

BUNDESTAG

- 5 Veranstaltung mit Kurt Beck und Martin Dörmann zum Thema „Triple Play“
- 6 Wahlkreis-Besuchergruppen in Berlin
- 6 Besuch der ILA 2006 in Berlin
- 7 Martin Dörmann nahm am DLR-Parabelflug teil
- 8 Die Deutsche Raumfahrt
- 9 Das neue Elterngeld
- 12 Anhörungen zur Föderalismusreform
- 13 Die Mehrwertsteuererhöhung – Gastbeitrag von Carsten Schneider, MdB zum Haushaltsbegleitgesetz 2006

SPD

- 15 Die Leitsätze für das neue Grundsatprogramm
- 16 Kurt Beck neuer Parteivorsitzender

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 17 Vorgestellt: Kurt Beck

INFOS UND IMPRESSUM

- 19 Sitzungswochen 2006, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Impressum



Die Welt zu Gast bei Freunden

Vom 9. Juni bis 9. Juli feiert Deutschland ein großes Fest. Zur Fußball-WM wurde vor dem Reichstag das Berliner Olympiastadion nachgebildet. 10 000 Zuschauer können dort auf einer Videoleinwand die Spiele live verfolgen.

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 1.6.2006

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

die gemeinsamen Anhörungen von Bundesrat und Bundestag zur **Föderalismusreform** haben einerseits viel Zustimmung für die grundsätzliche Stoßrichtung der Reform ergeben, andererseits aber auch deutliche Kritik an einzelnen Bestimmungen (siehe Artikel auf Seite 12). Ich freue mich, dass der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Peter Struck angekündigt hat, sich auf dieser Grundlage für Verbesserungen am Reformpaket einzusetzen. Ich hoffe, dass diese in den Verhandlungen zwischen Bund und Ländern umgesetzt sein werden. Denn eine gute Föderalismusreform wäre ein großer Gewinn für unser Land.

Im Mai hat der Bundestag die umstrittene **Mehrwertsteuererhöhung** ab 1.1.2007 beschlossen. Die Zustimmung hierfür ist wohl keinem Abgeordneten der Regierungskoalition leichtgefallen, auch mir nicht. Für mich waren folgende Gründe ausschlaggebend:

Wir brauchen solide Staatsfinanzen und hierfür höhere Steuereinnahmen. Sonst würden wir das Ziel, ab 2007 die Grenzen des Art.115 Grundgesetz und die Maastricht-Kriterien einzuhalten, verfehlen, was Strafzahlungen der EU mit sich brin-



gen würde. Zudem können wir den zukünftigen Generationen nicht noch mehr Schulden hinterlassen als unbedingt nötig, da sie ohnehin auf Grund der demografischen Entwicklung tendenziell stärker belastet sein werden. Und wir brauchen den finanziellen Spielraum, auch weiterhin in unsere Zukunft und damit in Forschung und Bildung investieren zu können.

Unter den gegebenen Umständen wären andere finanzpolitische Maßnahmen als die Mehrwertsteuererhöhung mit dem Koalitionspartner nicht umzusetzen gewesen. Die Mehrwertsteuererhöhung ist Bestandteil des Koalitionsvertrages, der von einem SPD-Bundestag mit großer Mehrheit gebilligt wurde. Ich stehe dazu, so dass auch ich zugestimmt habe. Weitere Argumente finden sich in dem **Gastbeitrag** meines Fraktionskollegen Carsten Schneider in dieser Ausgabe der Berlin Depesche (Seite 12).

Herzlichst

Ihr

HOMEPAGE

Neu eingestellt auf der Homepage www.martin-doermann.de

„Gläserne Taschen“

Seit Beginn dieser Legislaturperiode gelten aufgrund der geänderten Geschäftsordnung **verschärfte Veröffentlichungspflichten für die Nebeneinkünfte der Bundestagsabgeordneten**. Diese sind nun innerhalb mehrerer Stufen anzugeben (von 1.000 Euro bis 3.500 Euro/monatlich, bis 7.000 Euro/monatlich und über 7.000 Euro/monatlich). Darüber hinaus hat der Bundestag erstmals für den Fall von Verstößen ein Sanktionssystem eingeführt, das bis zur Rückzahlung von unzulässig erhaltenen Einkünften und zu hohen Ordnungsgeldern führen kann.

Damit wird einem zu Recht gewandelten Anspruch der Öffentlichkeit Rechnung getragen, genauer über Art und Umfang von Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften der Abgeordneten informiert zu sein. Aufgrund der Klagen einzelner Abgeordneter gegen die verschärften Pflichten werden die Angaben durch den Bundestagspräsidenten voraus-

sichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht.

Unabhängig davon dokumentiert **Martin Dörmann** bereits seit der vergangenen Wahlperiode seine vollständigen Bezüge als Bundestagsabgeordneter unter der Überschrift **„Gläserne Taschen“** auf seiner Homepage. Die aktualisierte Fassung 2006 ist nun auf der Startseite (linke Spalte) abrufbar.

Bundestagsreden im Video-Format

Auf der Homepage stehen nun Video-Aufzeichnungen der Reden von Martin Dörmann im Plenum des Deutschen Bundestages zum Download bereit. In drei Geschwindigkeiten – für Modem, ISDN und DSL – können alle Redebeiträge seit 2003 und die dazugehörigen Plenardebatten noch einmal in Bild und Ton verfolgt werden (Unterseite „Texte/Reden“).

SPD-Programmdebatte

■ Einladung zu einer Diskussionsveranstaltung der SPD-Region Mittelrhein

Dienstag, 6. Juni 2006, 19:30 Uhr

Kolpinghaus International, St. Apernstrasse 32, 50667 Köln-Innenstadt

Arbeit und Sozialstaat im 21. Jahrhundert

Referat: **Prof. Wolfgang Schröder**

Moderation: **Martin Dörmann, MdB**

In der SPD wird zur Zeit über die Eckpunkte des neuen Grundsatzprogramms diskutiert. Dabei spielen die Fragen nach der Zukunft der Arbeit und des Sozialstaates im Licht der Globalisierung eine besondere Rolle.

Mit seinen Leitthesen hat der SPD-Parteivorstand neue Impulse für die Debatte gegeben. Wolfgang Schröder ist einer der Mitautoren dieser Leitthesen. Er ist Professor für das Politische System der BRD und Innovation an der Universität Kassel und war bis vor kurzem Abteilungsleiter Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall.



Prof. Wolfgang Schröder (SPD) gehörte zum engeren Redaktionsteam der Leitthesen zum Grundsatzprogramm.

→ Weitere Informationen zur SPD-Programmdebatte in dieser Berlin Depesche ab Seite 15

SPD-Bundestagsfraktion vor Ort

Mittwoch, 7. Juni 2006, 18:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Landschaftsverband Rheinland, Horionhaus, Rhein-Saal, Hermann-Pünder-Straße 1, 50679 Köln-Deutz

Soziale Stadtentwicklung – Moderne Verkehrspolitik

Einführung: **Martin Dörmann, MdB**

Referat: **Wolfgang Tiefensee**

Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Mobilität und Wohnen sind zentrale Bedürfnisse der Menschen. Die Infrastrukturpolitik für Verkehr, Bauen und Stadtentwicklung ist von entscheidender wirtschafts- und sozialpolitischer Bedeutung und bildet einen der Arbeitsschwerpunkte der SPD-Bundestagsfraktion.

Die SPD tritt für Programme wie die „Soziale Stadt“ ein, durch die eine ausgewogene Stadtentwicklung ermöglicht werden soll. Im Bereich Verkehr geht es u.a. um die Frage, wie die Investitionen in die Verkehrswege auf hohem Niveau verstetigt und Planungssicherheit geschaffen werden können und mehr privates Kapital für Bauvorhaben mobilisiert werden kann. Weitere Schwerpunkte sind Verkehrssicherheit, die Qualitätsoffensive für den öffentlichen Personennahverkehr sowie die Förderung des kombinierten Verkehrs.

Wichtige Verkehrsprojekte in Köln sind der Ausbau des Autobahnringes und des Bahnknotens. Hierfür werden derzeit hohe Millionenbeträge vom Bund finanziert.



Wolfgang Tiefensee ist seit November 2005 Bundesminister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung. Zuvor war er von 1998 bis 2005 Oberbürgermeister der Stadt Leipzig.

Rot-Grün setzt sich im Rat bei städtischen Spitzenpositionen durch

Stadtdirektor Kahlen und Wirtschaftsdezernent Walter-Borjans gewählt

Der Rat der Stadt Köln hat am 18. Mai zwei wichtige Personalentscheidungen getroffen. Dabei konnten sich SPD und Bündnis90/die Grünen mit ihren Wahlvorschlägen durchsetzen.

Guido Kahlen (SPD), der bisherige Beigeordnete für Bildung, Jugend und Sport, wurde mit 46 zu 44 Stimmen zum neuen Stadtdirektor gewählt. Er folgt auf **Herbert Winkelhog** (CDU), der in die Geschäftsführung der Abfallwirtschaftsbetriebe wechselt. Guido Kahlen übernimmt einen erweiterten Geschäftsbereich. Der Rat hatte zuvor beschlossen, das Rechts- und Versicherungsamt und das Amt für öffentliche Ordnung in die Zuständigkeit des Stadtdirektors zu überführen.

Zudem wählte der Rat **Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD) zum Beigeordneten für Wirtschaft. Er wird für die Ämter für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften, Vermessung und Kataster zuständig sein. Er erhielt 46 Ja- und 44 Nein-Stimmen.



Guido Kahlen

Der neue Stadtdirektor wurde am 7. Dezember 1948 in Köln geboren. Der ausgebildete Jurist trat 1979 in den Dienst der Stadt Köln ein und arbeitete für verschiedene Ämter bis er 1987 Leiter des Büros der Stadtvertretung und persönlicher Referent von Oberbürgermeister Norbert Burger wurde.

1991 übernahm er als Leiter das Bauaufsichtsamt, bevor er 1995 als Rechtsdezernent zur Stadtverwaltung Bonn wechselte. Dort war er als Verantwortlicher für Verwaltungsorganisation und -steuerung ein enger Berater von Oberbürgermeisterin Bärbel Diekmann.

Seit Dezember 2005 war Kahlen wieder als Dezernent für Bildung, Jugend und Sport in Köln tätig.



Dr. Norbert Walter-Borjans

Der 53-jährige Volkswirt wurde nach Erfahrungen in der Wirtschaft und Promotion an der Universität Köln zunächst Mitarbeiter der Staatskanzlei unter Johannes Rau. Dort gehörten vor allem die Bereiche "Strukturwandel/Wirtschaftsentwicklung" sowie "Haushalt und Finanzen" zu seinen Schwerpunkten.

Seit 1991 war er stellvertretender, ab 1996 dann erster Sprecher der Landesregierung. Nach Raus Amtsende wechselte Walter-Borjans als Staatssekretär für Wirtschaft ins Saarland.

Nach einer Phase der Selbständigkeit als freiberuflicher Wirtschafts- und Kommunikationsberater ab 1999 wurde Walter-Borjans vom damaligen Ministerpräsident Peer Steinbrück zum Staatssekretär im NRW-Wirtschaftsministerium berufen. Seit Juli 2005 arbeitete er wieder als Selbstständiger.

Diskussionsveranstaltung mit Kurt Beck

Experten diskutierten über „Triple Play“ und moderne Kommunikationsmittel

Auf Einladung der Zeitschrift „Berliner Republik“, deren Mitherausgeber Martin Dörmann ist, diskutierten am 29. Mai im Umweltforum Berlin Experten über innovative Kommunikationsmittel und ihre Nutzungskonzepte. Der Großteil der 140 Teilnehmer war Fachpublikum. In seiner Einführung betonte **Martin Dörmann** die große wirtschaftspolitische Bedeutung der betroffenen Branche. Der Anteil der Informations- und Kommunikationstechnologie am Bruttoinlandsprodukt betrug 2004 rund 6,8 %, bis zum Jahr 2015 wird eine Steigerung auf 12 % erwartet.

Martin Dörmann moderierte auch das erste Podium zum Thema „Triple Play“. Mit ihm diskutierten: der SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident **Kurt Beck**, der Präsident der Bundesnetzagentur **Matthias Kurth**, ARCOR-Chef **Harald Stöber** und **Dorothea Zechmann**, Bereichsleiterin Public Policy von T-Online.

Mit dem Begriff „Triple Play“ wird ein Geschäftsmodell umschrieben, dass die drei Dienste Internet, (IT-) Telefonie und Fernsehen in einem Bündel anbietet. Drei Fragestellungen standen bei der Diskussion im Mittelpunkt. Mit welchen Angeboten und Geschäftsmodellen ist zu rechnen und worin liegt der Mehrwert von „Triple Play“ für die Konsumenten? Welchen Beitrag können Politik und andere Akteure leisten, um den notwendigen Breitbandausbau in Deutschland zu unterstützen? Und welchen Änderungsbedarf gibt es im Hinblick auf die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere im Bereich des Medienrechts?

Kurt Beck, Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder und des ZDF-Verwaltungsrates, verwies zunächst auf die Unterschiede der Breitbandversorgung in Deutschland. Vor allem der ländliche Raum sei nicht überall mit einbezogen, was der Politik eine bedeutende Aufgabe zuweise. Für ihn stehe der Mensch im Mittelpunkt des Prozesses. Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssten selbst entscheiden, welchen Weg sie nut-

zen wollen. Die Politik müsse allerdings Orientierungspunkte im Hinblick auf den Jugendschutz und Zugangsrechte geben. Bei der Neugestaltung des Telekommunikations- und Medienrechts würden die Maßstäbe für die Rundfunk- und Fernsehpolitik trotz neuer Techniken grundsätzlich weiter gelten, wenn auch die Spielregeln fortentwickelt werden müssten.

Dorothea Zechmann von T-Online führte aus, Deutschland sei noch am Anfang des Angebots von Triple Play seitens der Breitbandanbieter. Die Deutsche Telekom investiere derzeit massiv in den Ausbau des VDSL-Netzes, das höhere Bandbreiten und damit Triple Play Angebote ermöglichen soll. In rechtlicher Hinsicht seien klare Begriffsdefinitionen notwendig.

Harald Stöber (ARCOR) betonte, man sei in Deutschland gerade an einer wichtigen Schnittstelle, wo entschieden werden müsse, wie der Wettbewerb sich entwickle. Er bezog sich auf den jüngst vorgelegten Kabinettsentwurf zur Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG), in dem eine Regulierungspause für „Neue Märkte“ verankert werden soll. Diese Bestimmung soll Unternehmen motivieren, in einem noch unsicheren, sich entwickelnden Marktumfeld in neue Technologien zu investieren. Die Bestimmung bezieht sich aktuell auf den geplanten VDSL-Ausbau der Deutschen Telekom und wird von deren Wettbewerbern, darunter ARCOR, scharf kritisiert. Sie fürchten Nachteile, wenn ihnen der Zugang zur neuen Technologie nicht ermöglicht würde. Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für das TKG ist Martin Dörmann.

Für die Bundesnetzagentur stehe die Souveränität des Endkunden im Mittelpunkt, führte deren Präsident Matthias Kurth aus. Im Hinblick auf die Regulierungsfrage verwies er darauf, dass man sich in einem europäischen Rahmen befinde, so dass der Spielraum eingeschränkt sei. Er hoffe auf einen konstruktiven Dialog in der Branche.



Martin Dörmann (Mitte) moderierte die Podiumsdiskussion mit Harald Stöber, Kurt Beck, Matthias Kurth und Dorothea Zechmann (v.l.).



Kurt Beck

Besucherguppen aus dem Wahlkreis in Berlin



Vom 9. bis 12. Mai war wieder eine Besuchergruppe mit 50 Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis zu Gast bei Martin Dörmann in Berlin. Auf dem Programm standen auch diesmal Besuche bei Einrichtungen mit politischen oder geschichtlichen Hintergründen. Im Reichstag nahm die Gruppe an einer Plenarsitzung teil. Zudem diskutierte sie mit Martin Dörmann, u.a. über die Gesundheitsreform und Fragen der Wirtschaftspolitik.



Im Rahmen einer mehrtägigen Studienfahrt der Europäischen Akademie nach Berlin trafen sich Angehörige des Luftwaffenmaterialkommandos Wahn zu einem Gespräch mit ihrem Wahlkreisabgeordneten Martin Dörmann. Diskutiert wurden insbesondere der mögliche Einsatz der Bundeswehr im Kongo und die materiellen Arbeitsbedingungen der Soldatinnen und Soldaten in der Kaserne.

Besuch der ILA 2006 in Berlin

Tendenz steigend: Luft- und Raumfahrt in Deutschland verspürt Rückenwind

Am 18. Mai 2006 besuchte **Martin Dörmann** in seiner Funktion als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Luft- und Raumfahrt die Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung (ILA) am Flughafen Berlin-Schönefeld. Die ILA dient als Leistungsschau der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie.

Diese ist eine der wenigen nachhaltig wachsenden Branchen in Deutschland und hat im vergangenen Jahr mit einer Umsatzsteigerung um 16,2 Prozent auf 18,6 Milliarden Euro ihren Wachstumskurs fortgesetzt. Die Zahl der Beschäftigten wuchs 2005 um 8,6 Prozent auf 81 300 Mitarbeiter. Damit konnte die Branche gegen den allgemeinen Trend 6.400 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.



In Begleitung seiner Mitarbeiter **Chloé Aublin** und **Stefan Stader** wurde Martin Dörmann von **Nicole Thalhofer** (BDLI) über die ILA geführt. Auf dem Programm standen insbesondere Gespräche mit Fachvertretern und Besichtigungen wichtiger Stände.

Zu Beginn wurde die Gruppe zum Ausstellungsgelände von Eurocopter geführt, einem Tochterun-

ternehmen der EADS, die unter anderem den neuen Hubschrauber der Bundeswehr „Tiger“ bauen. Martin Dörmann wurde über die aktuellen Entwicklungen im militärischen sowie zivilen Hubschrauberprogramm informiert. Von dort ging es in die Ausstellungshallen. Dort überzeugte sich Martin Dörmann von der technologischen Leistungsfähigkeit deutscher mittelständischer Unternehmen.

Am Stand der EADS konnte er in einem maßgenauen Modell des Airbus A 380 die Beinfreiheit in den Sitzen beider Stockwerke testen. Anschließend standen Gespräche bei Rolls-Royce und MTU auf dem Programm. Die beiden Triebwerkbauer haben in den letzten Jahren in der Nähe von Berlin sehr viel in neue Werke und damit in Arbeits- und Ausbildungsplätze investiert.

Anschließend wurde Martin Dörmann fachkundig durch den Space Pavillon geführt und dort über Weltraumprojekte und technische Entwicklungen informiert. So sprach er mit einem belgischen Astronauten über dessen Erfahrungen im Weltraum.



Zahlreiche Experimente bei Schwerelosigkeit im Airbus A300 ZERO-G

Zum achten Mal führte das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) vom 25.-29. Mai 2006 Parabelflüge mit dem Airbus A300 ZERO-G durch. Vom Köln-Bonn Airport aus startete das größte fliegende Labor der Welt zu insgesamt fünf Forschungsflügen in die Schwerelosigkeit. Zahlreiche wissenschaftliche Experimente im Bereich der Biologie, der Humanphysiologie, der Physik und der Materialforschung wurden dabei durchgeführt. Neben eigenständiger Forschung wurden auch Experimente für die Internationale Raumstation ISS vorbereitet.

Auch **Martin Dörmann** hatte als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Luft- und Raumfahrt die Gelegenheit, an einem dieser Flüge teilzunehmen und stellte sich hierbei als Testperson zur Verfügung. Bei diesem Flug waren weitere Multiplikatoren und Vertreter der Medien eingeladen. Neben den Staatssekretären **Georg Wilhelm Adamowitsch** und **Dagmar Wöhrl**, dem Sportler **Jens Weißflog** und dem RTL-Moderator **Peter Klöppel** waren auch der deutsche Astronaut **Gerhard Thiele** und DLR-Chef **Prof. Sigmar Wittig** an Bord des Airbus. Alle zeigten sich von der wissenschaftlichen Präzision der Experimente beeindruckt und waren natürlich begeistert, selbst einmal das Gefühl der Schwerelosigkeit erleben zu dürfen.



Ein Wissenschaftler erläutert Martin Dörmann ein Experiment, bei dem die Reaktion flüssiger Metalllegierungen in der Schwerelosigkeit getestet wird

Parabelflüge mit Flugzeugen bieten eine regelmäßige Gelegenheit für die Forschung und Technologieerprobung in Schwerelosigkeit. Sie bieten außerhalb der Raumstation ISS die einzige Möglichkeit, den Körper des Menschen in Schwerelosigkeit zu erforschen. Einige Untersuchungen bereiten ein umfangreiches Weltraumexperiment vor oder begleiten Experimente auf Raketen. Für andere Themen reichen die kurzen Schwerelosigkeitsphasen bei Parabelflügen bereits aus.



Hochtechnisches Gerät im Airbus

Bei einem Parabelflug wird das Flugzeug so geflogen, dass es entlang der Bahn einer Wurfparabel „fällt“. Mit dem Airbus A300 ZERO-G kann man eine derart große Parabel fliegen, dass bis zu 22 Sekunden lang Schwerelosigkeit herrscht.

Insgesamt 12 Parabeln flog der Airbus mit der Multiplikatorengruppe, so dass diese ungefähr viereinhalb Minuten Schwerelosigkeit erlebten. Bei anderen Versuchsflügen werden bis zu 31 Parabeln geflogen.

Weltweit werden für wissenschaftliche Parabelflüge vorwiegend drei Flugzeuge eingesetzt: Der Airbus A300 ZERO-G in Westeuropa, eine DC-9 in den USA und eine Ilyushin 76 MDK in Russland.



Schwerelos

Martin Dörmann: „Es war ein tolles Erlebnis. Ich wünsche dem DLR und der Besatzung weiterhin viel Erfolg für ihre wertvolle wissenschaftliche Tätigkeit im Bereich der Schwerelosigkeit. Es ist gut, dass Deutschland in der Weltraumforschung in vielen Bereichen eine Spitzenstellung inne hat. Hierzu trägt das DLR, das seinen Sitz in meinem Wahlkreis hat, maßgeblich bei.“

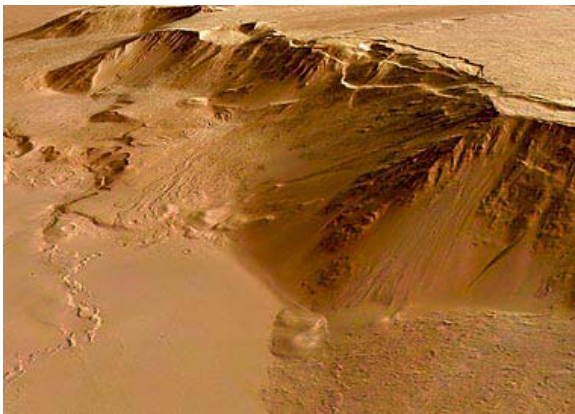
Die Deutsche Raumfahrt

Martin Dörmann ist seit Beginn dieser Legislaturperiode Berichterstatter der SPD-Bundestagfraktion für Luft- und Raumfahrt. Nachfolgend geben wir einen Überblick über die Geschichte und aktuelle Entwicklungen der Deutschen Raumfahrt.

Der Weltraum fasziniert seit Urzeiten die Menschheit, doch erst seit 64 Jahren stehen uns die technischen Mittel zur Verfügung, um selbst ins All aufzubrechen. Dies nutzten deutsche Wissenschaftler auf bislang etwa 200 spektakulären Missionen in die Tiefen unseres Sonnensystems.

So landete beispielsweise im Januar 2005 nach einer Reise von 4,5 Milliarden Kilometern die europäische Raumsonde Huygens auf dem Saturn-Mond Titan. Mit an Bord auf der ersten Mission auf einen Himmelskörper im äußeren Sonnensystem waren auch wissenschaftliche Instrumente aus Deutschland.

Und auch in der Mars-Forschung ist deutsche Technik im Einsatz. Seit Weihnachten 2003 ist die ESA-Sonde „Mars Express“ in der Umlaufbahn des Planeten und beschafft mit der „High Resolution Stereo Camera“ des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) erstmals hochauflösende, dreidimensionale Farbfotos der Marsoberfläche. Darunter befinden sich Aufnahmen des höchsten Bergs im Sonnensystem, dem 24.000 Meter hohen Olympus Mons.



Die Raumfahrt ist aber auch für die Erde selbst von größter Bedeutung. So konnte erst durch wissenschaftliche Erdbeobachtungssatelliten die Entwicklung der Ozonlöcher bestätigt und langfristig analysiert werden. Und mit dem in deutsch-niederländischer Kooperation betriebenen Atmosphärensensor Sciamachy auf dem ESA-Satelliten Envisat können Umweltsünder auf den Weltmeeren aufgespürt, die Verschmutzung entlang der Küsten beobachtet und die Entwicklung von Treibhausgasen gemessen werden. Auch beim Katastrophenschutz, etwa beim Elbe-Hochwasser oder nach dem Tsunami in Ostasien, sind Erdbeobachtungssatelliten unverzichtbar. Sie liefern schnell aktuelle Bilder und Karten der Katastrophenregionen, ohne die die Hilfskräfte vor Ort nicht effektiv planen und arbeiten könnten.

Daher hat sich Deutschland bei der Ministerratskonferenz der Europäischen Weltraumorganisation

(ESA) im Dezember 2005 erfolgreich für eine Stärkung der europäischen Erdbeobachtung eingesetzt. In Berlin beschlossen die europäischen Fachminister die erste Phase (2006-2008) der gemeinsamen Initiative von ESA und EU zur Umwelt- und Sicherheitspolitik GMES (Global Monitoring for Environment and Security). Deutschland wird bei diesem Programm mit 31 Prozent die Führung übernehmen. Dies entspricht 62 Millionen Euro. Damit ist Deutschland bei der Landbeobachtung, in der Katastrophenvorhersage und in Sicherheitsfragen bestens aufgestellt. Deutschland behält zudem die Führung in der wissenschaftlichen Erderkundung.

Auch unser tägliches Leben wäre ohne die Raumfahrt nicht mehr vorstellbar. Raumfahrt ermöglicht die mobile Telekommunikation, die Live-Übertragung von Sportveranstaltungen rund um den Globus und die gezielte Navigation mit Hilfe von punktgenauen Signalen aus dem Erdorbit.

Zur Geschichte der Raumfahrt

Trotz der großen Bedeutung der Raumfahrt für unser modernes Leben ist ihr Ursprung von einem dunklen Kapitel der Geschichte überschattet. Denn Beginn der deutschen und auch der internationalen Raumfahrt sind die Forschungen von Wernher von Braun, die am 3. Oktober 1942 in Peenemünde zum ersten Abschuss einer Großrakete in den Weltraum führten. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurde diese als „Vergeltungswaffe-2“ gegen England, Belgien und Frankreich eingesetzt und führte zum Tod von 35.000 Menschen.

Dieser dunkle Beginn der Raumfahrt sollte uns stets im Bewusstsein sein und macht zugleich deutlich, dass eine lebendige Diskussion in der demokratischen Öffentlichkeit unerlässlich ist, damit die Errungenschaften des technologischen Fortschritts in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden können.

Nach dem 2. Weltkrieg ging die Technologie mitsamt den deutschen Raketenexperten auf die Siegermächte über. Erst nach den Pariser Verträgen von 1955, mit denen das Besatzungsstatut über West-Deutschland weitgehend aufgehoben wurde, konnten sich deutsche Ingenieure und Wissenschaftler wieder in Deutschland selbst mit dem Raketenbau und der damit bald möglich werden den zivilen Weltraumforschung beschäftigen. Seit 1962 stellt die Bundesregierung hierfür Gelder zur Verfügung und fördert die Raumfahrt mit dem deutschen Raumfahrtprogramm.

Beim Aufbau der deutschen Raumfahrt wurde sowohl eine enge Kooperation mit den USA als auch eine enge Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern gesucht.

Struktur des deutschen Raumfahrtprogramms

Das deutsche Raumfahrtprogramm ist in zwei wichtige Teilbereiche gegliedert. Im so genannten „nationalen Programm“ werden Technologien und wissenschaftliche Missionen in Deutschland gefördert. Diese werden entweder selbstständig oder in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern durchgeführt und dienen häufig der Vorbereitung deutscher Beiträge zu europäischen Programmen. Das nationale Programm umfasst gut ein Viertel der deutschen Ausgaben für die Raumfahrt. Hier werden auch Mittel der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) aus dem Forschungs- und Entwicklungsprogramm des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) eingesetzt.

Der zweite Bereich ist das Programm der Europäischen Weltraumorganisation (ESA). In der ESA sind 17 europäische Länder zusammengeschlossen, die gemeinsam Programme durchführen, die für einzelne Staaten allein zu aufwändig wären. Dazu gehören unter anderem die Entwicklung der europäischen Trägerrakete Ariane, das unter deutscher Führung konstruierte Labor Columbus für die Internationale Raumstation (ISS), die Beiträge zur Europäischen Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) und das umfangreiche europäische Wissenschaftsprogramm. Fast drei Viertel der deutschen Ausgaben für die Raumfahrt fließen in diese europäischen Kooperationsprogramme, wobei die Gelder in Deutschland ausgegeben werden und damit zur Sicherung von

über 80 000 Arbeitsplätzen in Deutschland beitragen.



Damit wird deutlich: Die Raumfahrt ist nicht nur von großer Bedeutung für Umwelt, Sicherheit und technologischen Fortschritt weltweit, sie leistet auch einen entscheidenden Beitrag für Innovation und Arbeitsplätze hier in Deutschland.

Daher ist es auch erklärtes Ziel der Politik der Großen Koalition, einen verlässlichen Rahmen für den deutschen Raumfahrtsektor für die nächsten Jahre bereitzustellen. Insgesamt wird für die Raumfahrt jährlich etwa eine Milliarde Euro bereitgestellt und für die kommenden Jahre konnten weitere Verbesserungen erreicht werden. Das nationale Raumfahrtprogramm wird nun von 166 Millionen Euro im Jahr 2006 auf 210 Millionen Euro im Jahr 2009 zunehmen. Und der deutsche Beitrag zum Arbeitsprogramm der ESA wird von 552 Millionen Euro im Jahr 2006 auf 591 Millionen Euro im Jahr 2009 ansteigen.

Das neue Elterngeld

Die wichtigsten Regelungen und Beispielrechnungen

Nach den Beschlüssen des Koalitionsausschusses vom 1. Mai 2006 steht fest, dass es ab dem 1. Januar 2007 in Deutschland mit dem Elterngeld eine neue finanzielle Unterstützung für Familien geben wird. Das neue Elterngeld ersetzt das bisherige Erziehungsgeld. Es wird für Babys gezahlt, die ab dem Stichtag 1. Januar 2007 auf die Welt kommen. Für alle vor dem Stichtag Geborenen wird das bisherige Erziehungsgeld weiter gezahlt.

Das Elterngeld schafft einen Schonraum für Eltern, sich Zeit für Kinder zu nehmen, ohne deshalb einen finanziellen Einbruch verkraften zu müssen. Zusammen mit dem Ausbau der Kinderbetreuung, der verbesserten steuerlichen Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten und mehr Familienfreundlichkeit im Arbeitsleben soll es damit Eltern erleichtert werden, Kinderwünsche zu verwirklichen.

Das Elterngeld stellt einen zusätzlichen Anreiz für eine partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Müttern und Vätern dar und wirkt bei der Rückkehr ins Berufsleben auch als Armutsvermeidung. Ins-

besondere hilft das Elterngeld die Altersarmut von Frauen, die Armut von Frauen und Männern nach Trennung und Scheidung und die von Alleinerziehenden und damit auch Kindern zu verhindern.

Zudem wird es so vor allem Frauen ermöglicht, ihre Rente zu erwirtschaften, was auch vor dem Hintergrund veränderter Regelungen zur Einschränkung der Hinterbliebenenrente und der nahehehlichen Unterhaltsansprüche wichtiger geworden ist. Und das Elterngeld ist volkswirtschaftlich sinnvoll, weil verkürzte Erwerbsunterbrechungen zu mehr Steuereinnahmen und Einzahlungen in die Sozialsysteme führen.

Wer erhält das Elterngeld?

Elterngeld gibt es für Erwerbstätige, Beamte, Selbstständige und erwerbslose Elternteile, Studierende und Auszubildende, Adoptiv-Eltern, Pflegeeltern und in Ausnahmefällen auch Verwandte dritten Grades, die Zeit für die Betreuung ihres bzw. eines neugeborenen Kindes investieren.

Wie hoch ist das Elterngeld?

Kernelement des Elterngeldes ist die Einkommensersatzleistung in Höhe von prozentual mindestens 67% des entfallenden Nettoeinkommens, absolut mindestens 300 Euro und höchstens 1800 Euro (67% von maximal 2700 Euro, die als Einkommen berücksichtigt werden) in den ersten 12 Lebensmonaten des Kindes. Für Geringverdiener gibt es ein erhöhtes Elterngeld, um den Arbeitsanreiz zu erhalten: Ist das Nettoeinkommen vor der Geburt geringer als 1000 Euro monatlich, wird die Ersatzrate von 67 Prozent auf bis zu 100 Prozent angehoben. Für je 20 Euro, die das Einkommen unter 1.000 Euro liegt, steigt die Ersatzrate um ein Prozent. Darüber hinaus erhalten alle Eltern einen Mindestbetrag von 300 Euro. Dieser wird in den ersten 12 Lebensmonaten des Kindes unabhängig davon, ob sie vor der Geburt erwerbstätig waren oder nicht gezahlt (für Hausfrauen und -männer, Studierende, Kleinstverdiener).

Im ersten Lebensjahr wird das Elterngeld zusätzlich zu anderen Transferleistungen wie Arbeitslosengeld II gezahlt. Bei Geburt eines weiteren Kindes innerhalb von 24 Monaten wird zusätzlich zum neuen Elterngeld die Hälfte der Differenz zum ersten Elterngeld gezahlt. Bei Teilzeittätigkeit erhält die Betreuungsperson 67% des entfallenden Teileinkommens.

Wie ermittelt man das Elterngeld?

Maßgeblich ist der Durchschnittsbetrag aus dem individuellen Einkommen der Antragstellenden der letzten drei Kalendermonate vor der Geburt des Kindes, bzw. vor der in Anspruch genommenen Mutterschutzfrist. Auf Antrag kann auch das durchschnittliche Einkommen aus den 12 Monaten vor der Geburt zugrunde gelegt werden.

Elterngeld und Teilzeit

Bei Teilzeittätigkeit von nicht mehr als 30 Wochenstunden erhält die Betreuungsperson 67% des entfallenden Teileinkommens. Als Einkommen vor der Geburt werden dabei höchstens 2700 Euro berücksichtigt.

Geschwisterbonus

Das Elterngeld hilft auch Familien, in denen Geschwisterkinder in kurzer Folge geboren werden. Bei der Geburt eines weiteren Kindes innerhalb von 24 Monaten wird zusätzlich zum neuen Elterngeld die Hälfte der Differenz zum ersten Elterngeld als Geschwisterbonus gezahlt.

Wie können Partner die Monate verteilen?

Ein Elternteil kann höchstens für 12 Monate Elterngeld beantragen, zwei Monate stehen dem anderen Elternteil des Kindes zu (Partnermonate als Bonus). Die Partner können die Monate untereinander aufteilen. Für jeden Monat gibt es einen Monatsbetrag, insgesamt also 14.

Darüber hinaus kann das Elterngeld bei gleichem Budget auf die doppelte Anzahl der Monate ge-

dehnt werden. Eine Person kann dann bis zu 24 Monate halbes Elterngeld beziehen, eine alleinerziehende Person oder ein Paar können auf bis zu 28 halbe Monatsbeträge kommen.

Alleinerziehende und Ausnahmefälle

Alleinerziehende, die die Einkommensersatzleistung beziehen, erhalten die vollen 14 Monate Elterngeld. Dabei wird an den Umstand angeknüpft, dass eine Lebensgemeinschaft der Eltern nicht (mehr) besteht und das Kind allein bei dem einen Elternteil in der Wohnung lebt. 14 Monate Elterngeld gibt es auch für Elternteile, für deren Partner die Übernahme der Elternzeit unmöglich ist oder wenn eine Gefährdung des Kindeswohls dagegen spricht.

Welche bisherigen Zahlungen fallen durch das Elterngeld weg?

Das Erziehungsgeld wird es nicht mehr geben, das Elterngeld tritt zum Stichtag 1. Januar 2007 an seine Stelle. Beim Mutterschaftsgeld wird sich nichts ändern. Bei ALG II, Sozialhilfe, Unterhalt, Wohngeld und Kinderzuschlag wird das Elterngeld oberhalb des Mindestbetrages von 300 Euro als Einkommen berücksichtigt, bis 300 Euro (Mindestbetrag) ist es also anrechnungsfrei.

Selbständige

Auch Selbständige erhalten das Elterngeld. Auch bei ihnen wird der wegfallende Gewinn wegen der Betreuung des Kindes zu 67% ersetzt. Der Gewinn wird grundsätzlich ermittelt wie im Falle eines ALG-II-Bezugs. Dabei kann der Gewinn auf der Basis unterschiedlicher Nachweise ermittelt werden, z.B. Est-Erklärungen und Kontobewegung.

Adoptiveltern

Anspruch auf Elterngeld hat auch, wer mit einem Kind in einem Haushalt lebt, das er mit dem Ziel der Annahme als Kind aufgenommen hat. Während das Elterngeld normalerweise nur in der Zeit vom Tag der Geburt bis zur Vollendung des 14. Lebensmonats des Kindes bezogen werden kann, gilt für angenommene Kinder und Kinder, die mit dem Ziel der Annahme im gleichen Haushalt leben, eine Ausnahme: Für sie kann Elterngeld ab Aufnahme bei der berechtigten Person für die Dauer von bis zu 14 Monaten und längstens bis zur Vollendung des achten Lebensjahres des Kindes bezogen werden.

Wer wird in Zukunft mehr, wer weniger erhalten als mit dem Erziehungsgeld?

Im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes erhalten alle Eltern in Zukunft mindestens so viel wie bisher, viele mehr, da die Einkommensgrenzen des Erziehungsgeldes entfallen und die Obergrenze des Elterngeldes bei 1800 Euro liegt. Durch den Erwerbsrückkehranreiz, der die Leistung aber auf maximal 14 Monate beschränkt, erhalten all diejenigen keine Leistung mehr, die bisher insgesamt zwei Jahre lang Erziehungsgeld bekommen hätten.

Auch hier gilt aber: das ALG II ist dazu da, den Bedarf der Bedarfsgemeinschaft zu decken, nicht das Elterngeld.

Berechnungsbeispiele

1. Doppelverdiener

a) Ehepaar, vor der Geburt des Kindes verdient der eine Partner 2.300 Euro brutto, der andere 1.600 Euro brutto (Facharbeiter und Buchhalterin):

Für das Ehepaar ist die Wahl der Steuerklassen III und V vorteilhaft, dann beträgt ihr gemeinsames Nettoeinkommen etwa 2.540 Euro, 1.710 Euro für den Facharbeiter und 830 Euro für die Buchhalterin. Nach der Geburt des Kindes beläuft sich das Elterngeld für den weniger verdienenden Partner auf knapp 630 Euro. Hier wirkt die **Anhebung der Ersatzrate bei kleinen Einkommen**. Das Nettoeinkommen insgesamt aus Nettolohn, Elterngeld und Kindergeld von fast 2.500 Euro entspricht dann nahezu dem vorherigen Einkommen.

Wenn der andere Partner nach einigen Monaten die Betreuung übernimmt, ergibt sich folgendes Bild:

Das Elterngeld für den besser verdienenden Partner beträgt etwa 1.150 Euro. Der andere Partner, der nun in den Beruf zurückkehrt und als Alleinverdiener die günstigere Steuerklasse III wählt, erwirtschaftet ein Nettoeinkommen von gut 1.250 Euro. Mit dem Kindergeld ergibt sich somit ein verfügbares Einkommen von über 2.550 Euro, also gut 50 Euro mehr als in den Monaten zuvor. Es muss folglich kein finanzieller Nachteil sein, wenn der besser verdienende Partner die Betreuung übernimmt.

Alternativ könnten die Partner beschließen, sich die Betreuung zu teilen, so dass sich beide Bruttoeinkommen halbieren. Für den besser verdienenden Partner sinkt der Nettolohn um 840 Euro, sein Elterngeld entspricht 67% des Einkommensverlusts und demnach gut 560 Euro. Beim anderen Partner sinkt das Nettoeinkommen um rund 200 Euro. Das sich daraus ergebende Elterngeld liegt unter 300 Euro, so dass in diesem Fall der Mindestbetrag von 300 Euro gezahlt wird. Insgesamt erhält das Paar 860 Euro Elterngeld, das über einen Zeitraum von 7 Monaten gezahlt wird. Das verfügbare Einkommen einschließlich Kindergeld beläuft sich auf rund 2.510 Euro.

b) Ehepaar, beide verdienen vor der Geburt des Kindes jeweils 2.300 Euro brutto (Facharbeiter):

Bei Wahl der Steuerklassenkombination IV/IV stehen jedem der beiden Partner vor der Geburt des Kindes rund 1.440 Euro netto zur Verfügung. Nach der Geburt erhält der betreuende Elternteil ein Elterngeld von gut 965 Euro. Durch Wechsel in die Steuerklasse III erhöht sich das Nettoeinkommen des erwerbstätigen Partners auf 1.700 Euro. Zusammen mit dem Kindergeld und dem Erwerbsein-

kommen des Partners verfügt die Familie damit über netto 2.830 Euro, das sind fast 100 Prozent ihres vorherigen Einkommens.

2. Alleinverdiener

Ehepaar, ein Partner verdient 3.500 Euro brutto im Monat (Akademiker/in), der andere Partner ist nicht erwerbstätig, sondern betreut ein Kind:

Vor der Geburt des zweiten Kindes erhält der erwerbstätige Ehepartner in der Steuerklasse III ein Nettoeinkommen in Höhe von rund 2.330 Euro. Zusammen mit dem Kindergeld hat die Familie netto 2.480 Euro zur Verfügung.

Übernimmt der nicht erwerbstätige Partner auch weiter die Betreuung, erhält die Familie den Mindestbetrag des Elterngelds von 300 Euro. Sie verfügt damit zusammen mit dem Kindergeld für das zweite Kind über 2.950 Euro im Monat, das sind knapp 20 Prozent mehr als vorher.

Wenn der bisher erwerbstätige Partner seine Erwerbstätigkeit nun um gut ein Viertel reduziert und netto 600 Euro weniger verdient, erhält er ein Elterngeld von rund 400 Euro. Zusammen mit dem Kindergeld hat die Familie gut 2.430 Euro im Monat zur Verfügung. Das sind fast 100 Prozent des vorherigen Einkommens

3. Alleinerziehende

Alleinerziehende mit einem Erwerbseinkommen von 2.400 Euro brutto vor der Geburt, bisher kinderlos:

Vor der Geburt des Kindes fand die Steuerklasse I Anwendung. Das Nettoeinkommen lag bei knapp 1.500 Euro. Nach der Geburt des Kindes besteht ein Anspruch auf Elterngeld in Höhe von gut 1.000 Euro. Zusätzlich hat die Mutter nun einen Anspruch auf Wohngeld in Höhe von rund 120 Euro sowie Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in Höhe von 127 Euro. Zusammen mit dem Kindergeld beträgt das Familieneinkommen dann gut 1.400 Euro im Monat. Als echte Alleinerziehende erhält sie diese Leistung über 14 Monate.

4. Geringverdiener

a) Ehepaar, ein Partner verdient vor der Geburt 2.900 Euro brutto im Monat, der andere Partner 400 Euro brutto aus einer geringfügigen Beschäftigung (Ingenieur):

Die Steuerklasse III findet Anwendung. Das gemeinsame Nettoeinkommen vor der Geburt liegt bei 2.420 Euro, wovon 400 Euro auf den Partner mit der geringfügigen Beschäftigung entfallen. Der nach der Geburt nicht mehr erwerbstätige Partner mit der geringfügigen Beschäftigung erhält ein Elterngeld von 390 Euro, das sind fast 100% seines bisherigen Nettoeinkommens. Der Grund hierfür liegt in der **Anhebung der Ersatzrate bei kleinen Einkommen**.

Ohne die Anhebung würde das Elterngeld nur dem Mindestbetrag von 300 Euro entsprechen. Das

verfügbare Familieneinkommen aus Nettolohn, Kinder- und Elterngeld von 2.580 Euro liegt damit um 160 Euro über dem früheren Wert.

5. Bezieher von Sozialleistungen

a) Paar ohne eigenes Einkommen, beide erwerbslos mit ALG II

Beide erhalten jeweils 311 Euro für den Lebensunterhalt und für das neugeborene Kind 207 Euro Sozialgeld. Miete und Nebenkosten werden im Rahmen des ALG II übernommen. Das sind zusammen 1.311 Euro im Monat. Die Familie erhält zusätzlich den Mindestbetrag des

Elterngelds von 300 Euro 12 Monate lang zum ALG II und hat damit insgesamt 1611 Euro zur Verfügung.

b) Alleinerziehende, mit ALG II

hat vor der Geburt des Kindes im ALG II mit Unterkunftskosten rund 750 Euro zur Verfügung. Nach der Geburt erhält sie ALG II für sich und ihr Kind mit Unterkunftskosten, also 1.090 Euro plus 300 Euro Mindestleistung Elterngeld für 12 Monate. Das sind insgesamt 1.390 Euro.

6. Mehrlingsgeburten

Ehepaar mit Mehrlingsgeburt, beide verdienen vor der Geburt jeweils 3.200 brutto (Junges Akademikerpaar):

Mit der Steuerklassenkombination IV/IV haben beide zusammen damit vor der Geburt 3.700 Euro netto zur Verfügung. Das Elterngeld für den betreuenden Elternteil entspricht bei Geburt eines Kindes 67 Prozent des wegfallenden Einkommens und damit 1.240 Euro. Bei einer Geburt von Zwillingen erhöht sich das Elterngeld für das zweite Kind pauschal um 300 Euro auf 1.540 Euro. Durch

Wechsel in die Steuerklasse III erhöht sich das Nettoeinkommen des arbeitenden Partners auf rund 2180 Euro. Dann verfügt die Familie über ein Einkommen von insgesamt 4.025 Euro, 325 Euro mehr als vor der Geburt der Zwillinge. Für jedes weitere Kind wird das Elterngeld wiederum um 300 Euro angehoben. Bei Mehrlingsgeburten kann das Elterngeld also auch über den Maximalbetrag von 1.800 Euro hinausgehen.

7. Geschwisterbonus

Ehepaar, beide verdienen vor der Geburt des Kindes jeweils 1.500 brutto (Busfahrer und Verkäuferin):

Bei Wahl der Steuerklassenkombination IV/IV erhält jeder der Partner etwa 1.040 Euro netto. Nach der Geburt erhält der betreuende Elternteil ein Elterngeld von gut 700 Euro. Das Nettoeinkommen des Partners steigt durch Wechsel in die Steuerklasse III auf rund 1180 Euro. Zusammen mit dem Kindergeld und dem Erwerbseinkommen des anderen Partners verfügt die Familie damit über 2.030 Euro, fast 100 Prozent ihres vorherigen Einkommens.

Dann wird **innerhalb von zwei Jahren, in denen die Mutter nicht erwerbstätig war**, das zweite Kind geboren. Eigentlich würde die Familie nur den Mindestbetrag des Elterngelds von 300 Euro erhalten. Aufgrund der schnellen Geburtenfolge kommt jedoch die Geschwisterregelung zur Geltung: Es wird zusätzlich ein Differenzausgleich von 50 Prozent zum Elterngeld vor der Geburt des ersten Kindes gezahlt. Die Familie erhält damit insgesamt ein Elterngeld von 500 Euro und hat zusammen mit dem weiteren Kindergeld 2.290 Euro im Monat zur Verfügung.

Anhörungen zur Föderalismusreform

Bei den Anhörungen von Bundesrat und Bundestag zur Föderalismusreform standen mehr als hundert Experten aus Wissenschaft und Praxis sieben Tage lang Abgeordneten und Ländervertretern zur umfangreichsten Staatsreform seit 1949 Rede und Antwort. Dabei beurteilten die Experten die allgemeine Zielrichtungen der Gesetzentwürfe – insbesondere die geplante Kompetenzentflechtung – als positiv.

Allerdings wurde zum Teil auch erhebliche Kritik an einzelnen Teilen der geplanten Reform geäußert. So wird von einigen Experten und auch Fachpolitikern der Regierungskoalition die geplante Schaffung des neuen Typus der konkurrierenden Gesetzgebung als Ersatz für die abgeschaffte Rahmengesetzgebung kritisiert. Hier werden negative Konsequenzen u.a. in den Bereichen Umwelt, Heimrecht oder dem Strafvollzug befürchtet. Denn es soll den Ländern zukünftig ermöglicht werden,

zum Teil erheblich von den bundesweiten Regelungen abzuweichen.

Auch die beabsichtigte Regelung, nach der der Bund dort, wo die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz bei den Ländern liegt, keine Finanzhilfen gewähren dürfte, was z.B. auch das Ganztagschulprogramm der Bundesregierung betrafte, stieß auf Widerspruch. Bei den geplanten Änderungen des Berufsbeamtentums wird vor allem von kleineren Ländern argumentiert, eine uneinheitliche Besoldung könnte dazu führen, dass sich finanzstärkere Länder im Wettbewerb um die besten Bewerber durchsetzen, mit entsprechend negativen Folgen etwa für den Bildungsbereich.

Inwieweit auf dieser Grundlage Änderungen an den Gesetzentwürfen erfolgen werden, wird nun im parlamentarischen Raum diskutiert. Derzeit ist geplant, dass die 2./3. Lesung im Bundestag noch vor der Sommerpause stattfinden soll.

→ Weitere Informationen zur Föderalismusreform unter:

www.bundestag.de/ausschuesse/a06/foederalismusreform/index.html

Gründe für die beschlossene Mehrwertsteuererhöhung

Von Carsten Schneider, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Am 19. Mai 2006 wurde das Haushaltsbegleitgesetz 2006 verabschiedet. Die Maßnahmen, die wir darin treffen, fallen uns nicht leicht. Wir hätten sie gerne vermieden, vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte von 16 auf 19 Prozent. Aber: Wenn wir die Ziele, die wir uns in dieser Großen Koalition gesetzt haben, erreichen wollen, sind diese Maßnahmen notwendig.

Zentrale Botschaft: Wir halten Kurs!

Die Koalition wird Kurs halten! Wir stehen zu der im Februar im Kabinett beschlossenen Anhebung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte. Denn wir brauchen schon in 2007 einen kurzfristigen Erfolg bei der Haushaltskonsolidierung, um das Maastricht-Kriterium und vor allem Artikel 115 des Grundgesetzes wieder einzuhalten. Die Nettokreditaufnahme von 38 Mrd. € ist in 2006 nicht zu **ökonomischen und ethischen Gründen** dringend geboten ist, kurzfristig Erfolg zu haben. Selbst die Sachverständigen der Wirtschaftsverbände haben zugegeben: „Ökonomen haben auch kein Patentrezept.“ Die einzige Alternative wäre ein sofortiger und massiver Abbau sozialer Leistungen, den wir politisch nicht wollen.

Die Koalition ist aber keineswegs ein „Kartell der Abzocker“, wie es im Boulevard schmähsch behauptet wird. Sanieren, Reformieren und Investieren ist unser politischer Dreiklang, der für alle Politikbereiche handlungsleitend ist. Wir setzen daher neben der Haushaltskonsolidierung auf konjunktur- und wachstumsfördernde Maßnahmen:

- Wir brauchen die Mehrwertsteuererhöhung, um das strukturelle Defizit zu reduzieren.
- Wir brauchen die Mehrwertsteuererhöhung, um den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 Prozent zu senken und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Welche Auswirkungen für die Konjunktur in 2007 zu erwarten sind, ist umstritten.

Ein Teil der Wirtschaftsforscher und -institute geht davon aus, dass die Mehrwertsteuererhöhung kontraproduktiv wirkt. Klar und unumstritten ist das aber nicht, im Gegenteil: Selbst die Europäische Kommission hat ausdrücklich betont: Die Mehrwertsteuererhöhung ist ökonomisch vertretbar. Sie wird die Konjunktur nicht abwürgen. Sie wirkt im Schnitt wachstumsneutral. Langfristig fördert die Haushaltskonsolidierung das Wachstum. Und sie führt zur Senkung von Lohnnebenkosten.

vermeiden. Allerdings müssen wir in 2007 die Regelgrenze des Art. 115 GG wieder einhalten.

Erhöhung der Mehrwertsteuer notwendig und von vielen Experten als konsequent und richtig beurteilt

Während der Anhörung zum Haushaltsbegleitgesetz haben **namhafte Sachverständige** (Prof. Dr. Rürup, Universität Darmstadt; Dr. Heise, Chefvolkswirt der Allianz und der Dresdner Bank, Prof. Dr. Bomsdorf, Universität Köln; Prof. Engels, Präsident des Bundesrechnungshofes u.a.) klar gesagt, dass diese Ziele nicht allein über Einsparungen und Ausgabenkürzungen zu erreichen sein werden und die **Erhöhung der Mehrwertsteuer** zwar nicht begrüßt, aber unter Berücksichtigung aller Umstände ausdrücklich als richtiger Kurs beurteilt wird. Insbesondere der Bundesrechnungshof hat klar gestellt, dass es aus **politischen**, Diejenigen, die uns heute kritisieren, stehen sonst immer als erste vor der Tür, um Einschätzungen der Kommission zu preisen.

Wichtig ist:

- Wir reichen einen Prozentpunkt der Mehrwertsteuer an die Bundesagentur für Arbeit „durch“ und ermöglichen u.a. dadurch die Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 % auf 4,5 %.
- Die meisten Güter und Waren des täglichen Bedarfs fallen unter den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 %, der nicht geändert wird. Für andere Waren und Dienstleistungen – und das meint insbesondere auch Luxusgüter – ist die Mehrwertsteuer eine Steuer, die alle in gleicher Weise trifft.
- Den evtl. auftretenden Schwierigkeiten für Einzelhandel und Handwerk sind wir durch zahlreiche andere Maßnahmen entgegengetreten, so z. B. über die verstärkte Förderung des Mittelstandes, die Absetzbarkeit der Leistungen und anderes mehr.
- Wir ergreifen nicht nur Maßnahmen auf der Einnahmenseite, sondern auch massiv und kontinuierlich auf der Ausgabenseite (siehe dazu unten).

Keine anderen schlüssigen Konzepte vorgebracht – Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände verweigern sich der Realität

Niemand hatte konstruktive und realistische Alternativen zu bieten. Stattdessen schwenken die „üblichen Verdächtigen“ auf den alten Kurs ein: Sie reden die Bundesregierung, die Koalition und – noch schlimmer – den Wirtschaftsstandort Deutschland kontinuierlich schlecht. Dem müssen

wir entschlossen entgegentreten. Die Hauptgefährdung für Wachstum und Wohlstand liegt nicht in der Erhöhung der Mehrwertsteuer, sie liegt im Abbau von Arbeitsplätzen, im Armrechnen gegenüber dem Fiskus und in der Abwanderung ins Ausland.

Von Seiten der Opposition, vor allem der FDP, und von Vertretern der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände wird behauptet, die Konsolidierung des Haushaltes würde auch ohne die Mehrwertsteuererhöhung gelingen. Das ist grundfalsch und kurzsichtig, vor allem, wenn dabei auf die aktuell prognostizierten Steuermehreinnahmen verwiesen wird! **Von den in der aktuellen Steuerschätzung prognostizierten 8,1 Mrd. € Steuermehreinnahmen für 2006 entfallen ca. 3,9 Mrd. € auf den Bund, 2,4 Mrd. € davon sind im Haushaltsentwurf 2006 bereits fest eingeplant, etwa 1,5 Mrd. € sind Zusatzeinnahmen, die wir aber für die Finanzierung absehbarer Zusatzausgaben beim ALG II dringend brauchen.**

Gerade Verbandslobbyisten der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände fordern Konsolidierung von der Politik ein, aber keinesfalls bei der eigenen Klientel. Dies hat auch die Anhörung zum Haushaltsbegleitgesetz im Haushaltsausschuss gezeigt: Diejenigen, die meinen, der Staat habe ein strukturelles Einnahmeproblem, sagen nicht, wie es gelöst werden könnte, sondern verweisen darauf, dies sei Sache der Politik. Diejenigen, die meinen, man solle die öffentlichen Haushalte allein über Ausgabenkürzungen konsolidieren, fordern damit mittel und längerfristig – ohne dies freilich explizit zu sagen – den Abbau der sozialen Sicherungssysteme und den Rückzug des Staates vor einem ungezügelter Markt und können einen kurzfristigen Konsolidierungserfolg nicht erbringen. Und was den Subventionsabbau angeht, wird vor den Kameras deren Abschaffung gefordert, hinterher rennen dann die Verbandslobbyisten zu Bundes- und Landesregierungen und drohen mit der Abwanderung ins Ausland oder dem Abbau von Arbeitsplätzen, wenn sie keine staatlichen Zuschüsse erhielten.

Bedauerlicherweise finden sich solche Unverantwortlichkeiten auch bei der Opposition. Die FDP unterbreitet Sparvorschläge und gibt unumwunden zu, dass viele Sparanträge nur Symbolanträge seien. Das ist kein verantwortlicher Kurs für Deutschland.

Nicht vergessen: Unsere Ausgangslage

Die öffentlichen Haushalte befinden sich zur Zeit in einer außerordentlich ernsten Lage. Die laufenden Ausgaben übersteigen die regelmäßigen Einnahmen dramatisch. Für den Bundeshaushalt, aber auch für die Länderhaushalte und die Kommunen ergibt sich aus dieser Situation struktureller Handlungsbedarf. Für 2006 beträgt die Nettokreditauf-

nahme 38 Mrd. €. Der Bundeshaushalt ist strukturell zu 20 % unterfinanziert. Der Bund der Steuerzahler hat jüngst veröffentlicht, dass die gesamte Verschuldung der staatlichen Haushalte insgesamt 1,5 Billionen € beträgt.

Aufgrund dieser Haushaltslage ist es uns zum Einen in 2006 nicht möglich, die Regelgrenze des Artikel 115 GG einzuhalten, wonach die Neuverschuldung nicht höher sein darf als die Investitionen. Aber als Haushalt des Übergangs nimmt der Haushalt 2006 mit Fug und Recht die Ausnahmeregelung des Artikels 115 GG in Anspruch, da er die weitere Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abwehrt. Die besondere Situation einer gespaltenen Konjunktur mit prosperierendem Exportsektor bei unbefriedigender Situation am Arbeitsmarkt und anhaltender Binnenkonsumschwäche ergibt das Bild einer ungleichgewichtigen wirtschaftlichen Entwicklung.

Aufgrund dieser Situation waren wir in den vergangenen drei Jahren auch nicht in der Lage, das Maastricht-Kriterium einzuhalten (wonach die Neuverschuldung nur 3 % des Bruttoinlandsproduktes betragen darf). Wir haben uns verpflichtet, sowohl Artikel 115 GG als auch das Maastricht-Kriterium im Jahre 2007 wieder einzuhalten.

Ziele der Koalition und der SPD

Die Herkules-Aufgabe, vor der die Große Koalition steht, ist, die Haushaltskonsolidierung und Sicherung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen für die Zukunft sicherzustellen. Gleichzeitig müssen wir aber auch die Wachstumsbasis durch Innovationen und Investitionen stärken und Wachstumsimpulse durch verbesserte Rahmenbedingungen fördern.

Diese schwierige Aufgabe ist uns nicht neu. Die SPD hat schon in den Jahren zuvor mit Bundesfinanzminister Hans Eichel bei den Ausgaben hart gespart, wie übrigens auch der Sachverständigenrat zugestanden hat.

So sind die **Bundesausgaben zwischen 1999 und 2004 nur um knapp 0,4 % jährlich gestiegen**, und dies trotz der notwendigen Mehrausgaben für Arbeitsmarkt und Rente. **Real bedeutet das ein Ausgabenrückgang.** Auch die Staatsquote, die 1998 im letzten Jahr der Regierung Kohl noch bei 48,0 % des BIP lag ist unter Rot/Grün auf 46,8 % gesenkt worden. Das ist ein großer Konsolidierungserfolg.

Wir haben aber nicht nur auf der Ausgabenseite Konsequenzen gezogen, sondern schon in den letzten Jahren durch konjunkturstützende und wachstumsfördernde Maßnahmen angestrebt, der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Beine zu helfen. Wir haben **Familien, private Haushalte und auch Unternehmen steuerlich stark entlastet.** In der Folge ist die Steuerquote auf ein historisches Tief gefallen. Lag sie 1999 noch bei 22,5 %

des BIP, so betrug sie 2005 nur noch 20,1 %. In Europa ist das mit Ausnahme der Slowakei der niedrigste Wert.

Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat nicht nur, um die Grundrechte der Menschen zu sichern. Wir brauchen ihn vor allem für wichtige Zukunftsaufgaben: Verbesserungen in Bildung und Ausbildung, eine effektive Hochschulfinanzierung, eine neue Familienpolitik, wie wir sie durch das Elterngeld unterstützen, und die Sicherstellung eines leistungsfähigen, gerechten und solidarischen Sozialstaats.

Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes im Überblick

Die wichtigsten Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes sind:

- Wir erhöhen den allgemeinen Umsatzsteuersatz und den Regelsatz zur Versicherungssteuer zum 01. Januar 2007 von 16 % auf 19 %.
- Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird ebenfalls zum 01. Januar 2007 um 2 Prozentpunkte von 6,5 % auf 4,5 % gesenkt. Diese Absenkung wird vom Bund durch das Aufkommen eines Mehrwertsteuerpunktes unterstützt, wir reichen ihn quasi durch.
- Der bisherige Defizitzuschuss des Bundes zur Bundesagentur für Arbeit wird zukünftig entfallen, etwaige vorübergehender Unterstützungsbedarf wird im Wege eines Darlehens gewährleistet.
- Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt an die gesetzliche Krankenversicherung werden 2007 auf 1,5 Mrd. € abgesenkt, ab 2008 ganz auslaufen.
- Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende werden 2006 Einsparmaßnahmen eingeleitet, die sich bei voller Wirksamkeit ab 2007 auf rund 4 Mrd. € belaufen werden.
- Der allgemeine Bundeszuschuss zur Rentenversicherung wird im Jahr 2006 um 170 Mio. € und ab dem Jahr 2007 um 340 Mio. € vermindert werden.
- Das Weihnachtsgeld für aktive Beamte und Versorgungsempfänger wird für die Jahre 2006 bis 2010 halbiert.
- Die Bankzulage bei der Deutschen Bundesbank wird stufenweise gekürzt bzw. abgeschafft.
- Die den Ländern aufgrund des Regionalisierungsgesetzes zustehenden Mittel werden entdynamisiert und neu festgesetzt.

SPD

Die Leitsätze für das neue Grundsatzprogramm

Am 24. April hat Kurt Beck unter dem Titel „Kraft der Erneuerung – Soziale Gerechtigkeit für das 21. Jahrhundert“ Leitsätze für die weitere Programmdebatte der SPD vorgestellt. Nach einer ausführlichen Diskussion will sich die SPD auf dem Parteitag im Herbst 2007 ein neues Grundsatzprogramm geben.

„Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und – ich füge hinzu – ein friedliches Miteinander der Menschen und der Völker: das sind bleibende Werte. Jede humane Gesellschaft muss sich an diesen Werten orientieren und sich auf diese Werte beziehen. Davon sind wir fest überzeugt. Wir werden nicht zulassen – auch nicht in der innenpolitischen Debatte in Deutschland, dass Freiheit und soziale Gerechtigkeit in falsche Bezüge gesetzt werden. Es gibt nicht das eine oder das andere, es gibt nur ein Sowohl-als-Auch.“ So Kurt Beck in seiner Rede vor 500 Zuhörern.

Im Vordergrund stehe die Frage, wie auf Basis der Grundwerte der Sozialdemokratie Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entwickelt werden können. Kurt Beck sprach dabei Themen von der Zukunft der Europäischen Union über zeitgemäße Antworten auf die Globalisierung bis hin zu den Herausforderungen der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft und dem Leitbild

eines vorsorgenden Sozialstaats an und rief zur Teilnahme an der Debatte auf:

„Wir wollen die Diskussion über diese Zukunftsfragen mit der Gesellschaft und für die Gesellschaft führen und im offenen Dialog mit den Menschen neues Vertrauen in die Politik aufbauen. Die vorliegenden Leitsätze sind dafür die Grundlage. Ich wünsche mir eine lebendige Debatte, einen anregenden Wettbewerb der Ideen mit unseren politischen Konkurrenten und einen nachhaltigen Anstoß für eine moderne Sozialdemokratie, die die Menschen erreicht und den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird.“



Zu Beginn des Jahres 2007 wird der Parteivorstand einen Textentwurf für ein neues Grundsatzprogramm vorlegen. Da im Jahr 2007 kaum Wahlen anstehen, haben alle Gliederungen die Chance, sich intensiv an der Debatte zu beteiligen.

Auch nach Vorlage des Programmentwurfs wird eine Phase des Dialogs stattfinden – mit besonderem Augenmerk auf die öffentliche und gesellschaftliche Diskussion.

Kölner Programmdebatte

Auch die Kölner SPD bringt sich aktiv in die Programmdebatte ein. Martin Dörmann leitet die Kommission des Unterbezirks zum neuen Grundsatzprogramm. Sie hat als Schwerpunktthema „Zukunft der Arbeit – Zukunft des Sozialstaates“. In mehreren Arbeitsgruppen wird derzeit zu einzelnen Fragenkomplexen diskutiert. Am 28. Oktober soll der gemeinsam erarbeitete Antrag auf einem außerordentlichen Parteitag der KölnSPD verabschiedet werden.

- Die Leitsätze (Lang- und Kurzfassung) sowie die Rede des Parteivorsitzenden Kurt Beck können auf den Internetseiten www.spd.de und www.martin-doermann.de heruntergeladen werden.

Kurt Beck ist neuer SPD-Parteivorsitzender

Mit 95,1 Prozent hat der SPD-Parteitag in Berlin Kurt Beck zum neuen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt.

Mit einer kämpferischen und stark programmatisch geprägten Rede warb Kurt Beck auf dem SPD-Parteitag für Geschlossenheit und Selbstvertrauen seiner Partei. Dem Partner in der Großen Koalition sicherte er Verlässlichkeit zu, kündigte aber gleichzeitig an, die SPD werde in dem Regierungsbündnis sehr wohl erkennbar bleiben. Dazu gehöre unter anderem auch die Sicherung eines funktionierenden Gemeinwesens durch einen handlungsfähigen Staat.

„Wir können nur gemeinsam weiterkommen“, rief Beck den Delegierten entgegen und kündigte an, die von Matthias Platzeck eingeführte Diskussionskultur in der Partei fortsetzen zu wollen. „Wir müssen ineinander mehr Vertrauen investieren“, sonst werde der Partei auch in der Öffentlichkeit zu wenig Vertrauen entgegengebracht, mahnte Beck. Eine enge Zusammenarbeit bot Beck den Parteigremien, den Vorsitzenden der Landesverbände, der Bundestagsfraktion sowie den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Regierung sowie im Europäischen Parlament an. Einen besonderen Dank sprach Beck seinem Vorgänger im Amt des SPD-Vorsitzenden, Matthias Platzeck, aus und würdigte auch die „hervorragende“ Arbeit des Generalsekretärs.

Der neue SPD-Vorsitzende forderte gleichzeitig, die Rolle der SPD als Volkspartei zu stärken: „Es ist unsere Aufgabe, dass wir die Breite unserer Partei auch wollen.“ Links von der SPD dürfe es keine vernünftige Partei mehr geben – „wir wollen diese Spektrum abdecken“, so Beck.

Neben den Bereichen Forschung und Entwicklung, Familie, Bildung, Gesundheit ging Beck auch auf die laufenden Steuerdiskussion ein: „Es ist und bleibt klar, das Gemeinwesen braucht einen angemessenen Anteil von dem, was in Deutschland erwirtschaftet wird.“ Zwar müsse auch geprüft

werden, was das Individuum leisten könne, „aber es kommt auch darauf an zu wissen, wo die Grenzen dieser Entwicklung liegen“, unterstrich der neue Parteivorsitzende.



Kurt Beck während seiner Parteitagsrede

Beck legte in seiner Rede auch ein klares Bekenntnis zu Arbeitnehmerrechten und starken Gewerkschaften ab. „Arbeitnehmer haben Anspruch auf einen gerechten Lohn“, sagte er vor den knapp 500 Delegierten. Dies gelte auch für die aktuelle Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst der Länder.

„Wir werden nicht zulassen, dass alles, was uns in dieser Gesellschaft wichtig ist, der Ökonomie untergeordnet wird“, rief Beck den Delegierten zu. Eine Politik grenzenloser Freiheit in der Hoffnung, Gerechtigkeit werde sich von selber einstellen, sei nicht die Politik der SPD.

Vize-Parteichef wurde der Finanzminister aus Sachsen-Anhalt, Jens Bullerjahn. Die Delegierten wählten den 43-Jährigen mit 84,8 Prozent der Stimmen in sein Amt.

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



In der „Berlin Depesche“ erscheint seit 2003 unter dem Titel „Sozialdemokratische Köpfe“ eine eigene Reihe, in der wir anhand einer Kurzbiografie und eines selbst entwickelten Fragebogens bekannte Politikerinnen und Politiker der SPD vorstellen.

Für alle, die früher erschienene Portraits nachlesen wollen: In der **Sonderausgabe 8 der Berlin-Depesche** sind aus den Jahren 2003 bis 2005 die Portraits folgender Personen abgedruckt:

Franz Müntefering, Wolfgang Thierse, Kurt Beck, Wolfgang Clement, Heidemarie Wiczorek-Zeul, Renate Schmidt, Ulla Schmidt, E-

delgard Bulmahn, Manfred Stolpe, Angelica Schwall-Düren, Nicolette Kressl, Michael Müller, Klaus Uwe Benneter, Sigmar Gabriel, Martin Schulz, Peer Steinbrück, Hannelore Kraft, Gesine Schwan, Hans-Jürgen Wischniewski und Hans-Jochen Vogel.

Im Jahr 2006 erschienen bislang: **Uli Kelber** und **Elke Ferner**.

Nachfolgend drucken wir aus Anlass der Wahl von **Kurt Beck** zum neuen Parteivorsitzenden noch einmal das bereits in einer früheren Ausgabe erschienene Portrait.

→ Die Sonderausgabe mit Portraits aus den Jahren 2003 bis 2005 kann auf unserer Homepage abgerufen werden: www.martin-doermann.de (Startseite)

Vorgestellt: Kurt Beck

SPD-Parteivorsitzender und Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz

Biografie

Geboren am 5.2.1949 in Bad Bergzabern.

Beruflicher Werdegang

Volksschule, Ausbildung zum Elektro-Mechaniker der Fachrichtung Elektronik, Bundeswehrzeit.



1969 bis 1972 berufliche Tätigkeit als Funkelektroniker, parallel Realschulabschluss auf dem zweiten Bildungsweg

1972 bis 1985 Personalrats- und Bezirkspersonalratsvorsitzender.

Politischer Werdegang

Seit 1972 Mitglied der SPD

Seit 1979 Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz

1985 bis 1991 Parlamentarischer Geschäftsführer

1989 bis 1994 Ortsbürgermeister in Steinfeld

1991 bis 1994 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Seit 1993 Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

Seit 1994 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz

2003 bis 2006 stellv. SPD-Vorsitzender

Seit 14. Mai 2006 Vorsitzender der SPD

Sonstiges

Seit 1994 Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder

1999 bis 2002 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit

Seit 1999 Vorsitzender des ZDF-Verwaltungsrates

Januar 2000 bis Dezember 2001 Präsident des Bundesrates

10 Persönliche Fragen an Kurt Beck

1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?

Willy Brandt und Wilhelm Dröscher. Ersterer war einer, der Visionen zur Realität werden ließ. Letzterer lehrte mich, dass Politik gestalten heißt, immer nahe bei den Menschen zu sein. Dröscher, Schatzmeister der SPD und Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz, starb 1977 beim Bundesparteitag der SPD in Hamburg.



2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?

Georg Kreisler, den Altmeister des bissigen Chansons.



3. Ihre liebsten Urlaubsziele?

Rheinland-Pfalz und seine Regionen, aber auch Spanien.



4. Ihre Leidenschaften?

Deftige Hausmannskost, auch noch am späten Abend. Vor allem aber einen selbst gemachten Saumagen!

5. Ihr politisches Leitmotiv?

Meine Pflicht tun, auch wenn sich das für einen Pfälzer sehr preußisch anhören mag.



6. Ihr Lieblingsfilm?

Große Historienfilme.



7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?

Johann Sebastian Bach, Milva.



8. Wem oder was nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?

Meine Familie, Freunde, Werkzeug und Bücher.

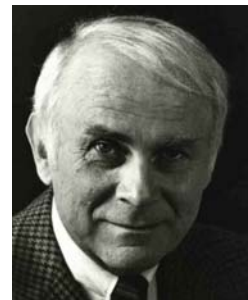
9. Ihre Lieblingsbücher?

Das wechselt regelmäßig. Sehr gerne mag ich die Eifelkrimis von Jacques Berndorf.



10. Über wen lachen Sie am liebsten?

Loriot.



Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2006

Sitzungswochen sind die: 3., 4., 6., 7., 10., 11., 13., 14., 19., 20., 22., 25., 27., 36., 38., 39., 42., 43., 45., 47., 48. und 50. Woche.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonius“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**.

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort u.a. Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“**.

Homepage www.martin-doermann.de

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine Homepage.

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Unter den Linden 50, Raum 5003

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam: Stefan Stader (Büroleiter), Chloé Aublin und Daniel Läufer

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302
Mitarbeiter: Ralf Steinmeier
(Webmaster Homepage)

eMail:

newsletter@netcologne.de

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46
50667 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 925981-17
Fax 0221 / 925981-50
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail:

renate.dinkelbach.nrw@spd.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber:

Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe:

Martin Dörmann (verantwortlich), Daniel Läufer, Chloé Aublin, Stefan Stader

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de.

